



Presseschau vom 18.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Igor Malzew: Nukleares Finnland – NATO-Beitritt als Bruch des Pariser Friedensvertrages von 1947

Dass Finnlands Führung beim Zerren ihres Landes in die NATO mitspielt, lässt ahnen: In Helsinki ist man sich der ökonomischen, aber auch der militärpolitischen Folgen (für die ganze Region) überhaupt nicht bewusst. Dabei gibt es doch ein gewisses Völkerrechtsdokument ...

<https://kurz.rt.com/2z0i> bzw. [hier](#)

wpered.su: Boris Litwinow: Die KPRF leistet dem Donbass unschätzbare Hilfe

Die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik wurde vor acht Jahren gegründet. Wie arbeiten die Kommunisten unter Kampfbedingungen, welche Fragen werden gelöst, welches sind die Perspektiven des Wiederaufbaus der Parteiaktivitäten und welche Hilfe leistet die KPRF der Republik, berichtete der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow einem Korrespondenten der offiziellen Seite der KPRF. ...

<http://wpered.su/2022/05/17/boris-litwinow-die-kprf-leistet-dem-donbass-unschatzbare-hilfe/>

Rachel Marsden: Befindet sich der Westen im Krieg mit Desinformation – oder mit abweichenden Meinungen?

Mit dem Wiederaufkommen des Populismus im Westen nimmt auch das Durchgreifen gegen Narrative zu, die von jenen der Regierungen abweichen – alles unter dem Deckmantel, uns vor Schurken zu schützen. Aber werden unsere Leben dadurch wirklich sicherer? ...

<https://kurz.rt.com/2yuu> bzw. [hier](#)

Sergei Axjonow: Kiews militärische PR-Niederlagen: Schlangeninsel Z oder misslungene Symbiose von Kröten und Nattern

Der Versuch der kiewtreuen Truppen, die Schlangeninsel zu erstürmen, war von vornherein und für alle Beteiligten sichtbar dem Misserfolg geweiht. Er lässt sich daher einzig als verzweifelte PR-Aktion qualifizieren, die Selenskij auch im Namen der westlichen Handlanger befahl. ...

<https://kurz.rt.com/2yzz> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Goebbels wäre neidisch: Westliche Medien verkaufen Asow-Kapitulation als "Evakuierung"

Wie dirigiert nennen westliche Medien die Kapitulation des Asow-Regiments in Mariupol "Evakuierung". Der um Asow konstruierte Heldenmythos duldet kein Versagen. Für Selenskij geht es dabei um den Machterhalt, aber warum machen unsere Medien das zynische Framing mit? ...

<https://kurz.rt.com/2z07> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Das Zerbröckeln des "Asow"-Mythos leitet den Zerfall des ukrainischen Staates ein

Das "Asow"-Regiment als die ukrainische Elite-Einheit sitzt in Bunkern des gleichfalls nach der Stadt Asow benannten Stahlwerks in Mariupol kurz vor der kompletten Kapitulation. Da "Asow" derzeit in Sicherheitsstrukturen, Gesellschaft und Politik der Ukraine fest verwurzelt ist, wird diese Niederlage auch weitreichende Folgen für diesen jetzigen ukrainischen Staat

haben. ...

<https://kurz.rt.com/2z0f> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:47 de.rt.com: **Bei Gas-Embargo gegen Russland: Händler wollen Produktpalette auf Einheitsprodukte einschränken**

Die deutschen Handelsketten bereiten sich auf weitere Krisen infolge des Ukraine-Krieges vor. Insbesondere ein möglicher Lieferstopp von russischem Gas könnte problematisch werden. Nun sollen einheitliche Notfallprodukte her, um auch bei erschwerten Produktionsbedingungen weiterhin ausreichend Waren herstellen zu können.

Handelsmarken-Hersteller bereiten sich angesichts des drohenden Gas-Embargos gegen Russland derzeit offensichtlich auf eine Reduktion ihrer Produktbandbreite vor. Wie die Lebensmittel Zeitung berichtet, sollen im Fall eines Gaslieferstopps nur noch einheitliche Produkte an die Händler geliefert werden.

Sollte es zu einem Gasmangel, Logistikproblemen oder einer zunehmenden Inflation kommen, bedeutet das im Wesentlichen, dass es nur eine Sorte von Produkten wie etwa Waschmittel oder Zahnpasta geben würde – wenn auch mitunter in unterschiedlichen Verpackungen.

Eine weitere Maßnahme seitens der Industrie wird dem Bericht zufolge die Reduzierung der Inhaltsstoffe sein. Demnach sollen Komponenten wie beispielsweise das derzeit schwer lieferbare Sonnenblumenöl gestrichen oder durch andere Inhaltsstoffe ersetzt werden. Des Weiteren sei auch ein händlerübergreifendes Angebot von B-Marken in Planung, wodurch weniger Verpackungsmaterial benötigt würde.

Die Notfallpläne sorgten bei einzelnen Handelskunden und Herstellern für Kritik.

Grundsätzlich sei dies nur bei Produkten mit komplexen Rezepturen und Herstellern mit zahlreichen unterschiedlichen Kunden sinnvoll, bemängelten verschiedene Manager gegenüber der Lebensmittel Zeitung. Zudem habe sich bereits gezeigt, wie unvorhersehbar die Verfügbarkeit von Rohstoffen sei, weshalb es eher hoher Flexibilität als einer Einheitsware für alle Händler bedürfe, erklärte einer von ihnen.

Einzig und allein ein in dem Bericht nicht namentlich genannter Manager benannte das drohende Szenario mit klaren Worten:

"Ich würde das nicht Planwirtschaft, sondern Kriegswirtschaft nennen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62837d4e48fbef209e27031b.jpg>

21:10 de.rt.com: **Dokumentiert: Nazi-Symbolik in den früheren Quartieren von ukrainischen Kämpfern**

Der Telegram-Kanal Donbass reschajet (Der Donbass entscheidet) [dokumentiert](#) Inschriften und Symbole in denjenigen Unterkünften, die zuvor von ukrainischen Kämpfern der nationalistischen und faschistischen Verbände genutzt wurden und nun unter Kontrolle der

Donezker Volksrepublik (DVR) genommen worden sind.

Dazu wird mit sarkastischem Unterton im Kanal geschrieben: "Dies ist die 'ukrainische Felsmalerei', die von DVR-Soldaten in den befreiten Vierteln von Marinka bei Donezk gefunden wurde." Nikolaj, ein Soldat der DVR, kommentierte die Fundstücke so in dem Kanal:

"Einige der Schriftzüge an den Wänden sind so geschrieben, dass man meint, sie seien von Idioten geschrieben worden, bis man dann merkt, dass viele der Jungs dort jetzt 20 bis 25 Jahre alt sind und acht Jahre davon Krieg herrschte. Sie wurden durch Propaganda einer Gehirnwäsche unterzogen und haben keine Bildung."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/r4ZgktDYgbcP5UuOdiLFdwb4VMmMeONwkAceJ-aBR0lpmrs2CAdb4KzGBoxhVgr3mlOngnrrnlTzCLWMRmwbVeK-JcwL8nKPzgmgcZYQ-O3GhYr6ExyCwDGydPW9joPz_zx7Gz1P0J_i9Y6y69Bvq1JfGSubKB3QUFCVaoEt7d1fnnnHQ0rroTGI1Hn66klmq0gHpKQOMHwwLGER3hru92ZkbKIzF2EhQTFQxUgh4ejLTlkPAMCv98J_deUJlp0qUF_1Ea-cJ-Lba75vSo90BXgaOuEiGC9hKDcFEea-8YF2cC6aMJ6hiwNC9voIKWiEyp18WE0RTncADFDGfc-pA.jpg

21:30 de.rt.com: **Medwedew: Russland wird Dritten Weltkrieg nicht zulassen**

Russland werde den Ausbruch des Dritten Weltkriegs nicht zulassen. Dies schrieb Dmitri Medwedew, Stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrats, auf seinem Telegram-Kanal. Wörtlich hieß es:

"Ein Arsenal moderner, zuverlässiger und wirksamer Waffen kühlt die Ambitionen derjenigen ab, die bereit sind, mit ihren eigenen Händen und denen anderer Menschen einen dritten Weltkrieg zu entfesseln. Wir werden eine solche Situation nicht zulassen."

Jedoch wies Medwedew auch darauf hin, dass Russland gezwungen sei, ständig daran zu erinnern, dass das Land im Falle eines Angriffs in der Lage sei, eine sofortige und übermächtige Antwort zu geben, "um jede Aggression abzuwehren, die unser Land bedroht".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283eae448fbef3c8f7830bc.jpg>

22:30 de.rt.com: **Russisches Militär: Ukraine bereitet weitere Provokation vor**

Die ukrainischen Streitkräfte hätten eine Straßenbrücke über Eisenbahngleisen in Sumy vermint und würden diese in die Luft jagen wollen, um die Schuld dann den russischen Truppen zuschieben zu wollen. Dies teilte der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement Generaloberst Michail Misinzew am Dienstag mit:

"In Sumy haben ukrainische Einheiten eine Straßenbrücke in der Charkowskaja-Straße über den Gleisen eines Abzweigs der Südbahn vermint, die sie in die Luft sprengen wollen, um das dann angeblich den anrückenden russischen Truppen in die Schuhe zu schieben."

Misinzew betonte, solche Aktionen würden die inhumane Haltung gegenüber dem Schicksal ukrainischer Bürger zeigen und einen groben Verstoß gegen die Normen des humanitären Völkerrechts darstellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283fd98b480cc13cd2cc129.jpg>

22:55 de.rt.com: **Kanada verbietet Einreise für 1.000 Russen, darunter auch Wladimir Putin**

Marco Mendicino, kanadischer Minister für öffentliche Sicherheit, hat bekannt gegeben, dass das Land rund 1.000 sanktionierten Russen die Einreise verbietet, darunter auch dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Zuvor hatte Russland dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau und 591 weiteren Kanadiern die Einreise in das Land untersagt.

vormittags:

6:00 de.rt.com: Peskow: **Russland verhängte keine Beschränkungen für Düngemittelexport, Westen sollte sie aufheben**

Kremlsprecher Peskow äußerte sich zu UN-Befürchtungen, dass es wegen der Ausfuhrbeschränkungen für russische Kalidünger zu einer globalen Hungersnot kommen könnte. Er betonte, dass es der Westen war, der diese Sanktionen verhängt hat, und dass dieser sie aufheben sollte.

Russland habe keine Beschränkungen für die Lieferung von Düngemitteln auferlegt, solche Barrieren sollten von den westlichen Ländern, die sie auferlegt haben, aufgehoben werden. Dies hat der russische Präidentensprecher Dmitri Peskow Reportern erklärt. Zu Berichten über den Vorschlag von UN-Generalsekretär António Guterres, die Beschränkungen für Kaliexporte aus Russland im Gegenzug für die Durchfahrt von Getreide aus ukrainischen Häfen zu lockern, sagte Peskow:

"Die Beschränkungen wurden nicht vom Kreml verhängt. Wir brauchen hier nichts zu entfernen. Hier sollten die von den Vereinigten Staaten, europäischen Ländern und anderen Ländern auferlegten Beschränkungen aufgehoben werden."

Er fügte hinzu, dass Russland an Exporten interessiert sei, dass aber westliche Maßnahmen dies verhinderten. Der Sprecher des Kremls betonte:

"Unsere Lieferanten sind daran interessiert, ihre internationalen Handelskontakte zu pflegen, aber leider wurden Sanktionen verhängt, die in der ganzen Welt als Bumerang wirken. Es sind diese Einschränkungen, die uns daran hindern, voranzukommen."

Auf die Möglichkeit angesprochen, ukrainische Häfen für Getreidelieferungen zu nutzen, erwiderte Peskow, dass diese stark vermint und die Gewässer für die Schifffahrt inzwischen äußerst gefährlich seien. Er erklärte:

"Dort ist jetzt eine Minenräumung erforderlich, eine sehr komplexe Operation. Bisher ist die Gefahr für die Schifffahrt und generell für die Navigation in diesen Gebieten sehr, sehr hoch." Gleichzeitig räumte Peskow ein, dass der russische Präsident Wladimir Putin und der UN-Generalsekretär bei einem Treffen am 26. April die Frage der Düngemittellieferungen erörtert hätten. Der Kremlsprecher erklärte:

"Dies wurde in der Tat bei dem jüngsten Treffen zwischen Präsident Putin und Generalsekretär Guterres in Moskau angesprochen. Er wies darauf hin, dass die direkten und indirekten restriktiven Maßnahmen, die gegen russische Düngemittellieferanten verhängt wurden, mit großen Risiken für die weltweite Ernährungssicherheit verbunden sind."

Anfang Mai hatte Guterres mitgeteilt, dass Düngemittel und Produkte aus Russland, Weißrussland und der Ukraine wieder auf die Weltmärkte gebracht werden sollten, um die Ernährungssicherheit trotz der Feindseligkeiten zu gewährleisten. Am 16. Mai zitierte das Wall Street Journal diplomatische Quellen mit der Aussage, der UN-Generalsekretär habe vorgeschlagen, die Ausfuhrbeschränkungen für russische und weißrussische Kalidüngemittel im Gegenzug für die Durchfahrt von Schiffen mit Getreide aus ukrainischen Häfen zu lockern.

Die UNO befürchtet, dass steigende Getreidepreise und Nahrungsmittelknappheit arme Länder, die vom ukrainischen Getreide abhängig sind, destabilisieren und zu Konflikten führen könnten. Nach Angaben des Wall Street Journal führt Guterres derzeit Gespräche mit Russland, der Türkei und anderen Ländern. Ankara habe bereits seine Bereitschaft bekundet, sich an der Entminung des Schwarzen Meeres und der Sicherung der Seeschifffahrt zu beteiligen.

Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine stiegen die Weizenpreise auf ein Rekordhoch. Bloomberg führte den Preisanstieg auf die Befürchtung zurück, dass die Militäraktion in der Ukraine zu einer Verknappung des Getreides auf dem Markt führen könnte. Nach Angaben der Nachrichtenagentur brachten die Kämpfe mehr als ein Viertel der

weltweiten Weizenexporte zum Erliegen.

Im April hatte das russische Verteidigungsministerium die Durchfahrt von ausländischen Kriegsschiffen und anderen Schiffen in drei Gebieten des Schwarzen Meeres für sechs Monate, vom 24. April bis zum 31. Oktober, ausgesetzt. Dabei handelt es sich um ein langgestrecktes Wassergebiet entlang der Krimküste, ein rechteckiges Gebiet vor der Küste der Halbinsel Kertsch sowie ein kleines Seegebiet nahe der Westspitze der Krim.

Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist Russland der größte Weizenexporteur der Welt, während die Ukraine an fünfter Stelle steht. Zusammen machen sie 19 Prozent des weltweiten Gerstenangebots, 14 Prozent des Weizenangebots und vier Prozent des Maisangebots aus. Nahezu 50 Länder sind von Nahrungsmittellieferungen aus Russland und der Ukraine abhängig, die mindestens 30 Prozent ihres Weizenimportbedarfs decken.

Die EU hatte am 9. April die Einfuhr von russischen Düngemitteln eingeschränkt. Das Kontingent für Kaliumchlorid beträgt 83.757.000 Tonnen und für andere kaliumhaltige Düngemittel 1,57 Millionen Tonnen. Auch die Einfuhr von Kalidüngemitteln aus Weißrussland war von der EU beschränkt worden.

Im Gegensatz dazu hatten die USA, die Sanktionen gegen Russland verhängt hatten, bereits am 24. Februar Düngemittel, medizinische Geräte und Medikamente von der Sanktionsliste gestrichen. Am 24. März hatte die Kontrollbehörde des Finanzministeriums der USA (OFAC) eine neue Allgemeingenehmigung erlassen, in der unter anderem Düngemittel, Lebensmittel, Wasser und Vitamine als wesentliche landwirtschaftliche Erzeugnisse eingestuft werden, die nicht unter Sanktionen fallen. Die USA erlaubten die Ausfuhr, Einfuhr und Wiederausfuhr dieser Produkte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283c153b480cc0529465df0.jpg>

7:05 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine ist zum weltweit größten Empfänger von US-Militärhilfe geworden**

Die Ukraine ist inzwischen der weltweit größte Empfänger von US-Militärhilfe und hat damit Ägypten und Israel überholt. Diese Schätzungen wurden in einem Artikel in der Washington Post vom Dienstag getätigt.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die USA von 2014 bis 2021 rund 2,7 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe an Kiew geschickt haben. Allein seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine belief sich diese Hilfe auf 3,8 Milliarden US-Dollar. Der Autor betont, dass das neue Hilfspaket in Höhe von 40,1 Milliarden US-Dollar rund 20 Milliarden US-Dollar für den Verteidigungssektor enthält.

Die Zeitung vergleicht diese Zahlen mit den jüngsten verfügbaren Daten für das Steuerjahr 2020, das in den USA am 1. Oktober beginnt. Israel war damals mit 3,3 Milliarden US-Dollar der weltweit größte Empfänger von US-Militärhilfe, gefolgt von Ägypten mit 1,3 Milliarden US-Dollar und Jordanien an dritter Stelle mit 510 Millionen US-Dollar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62847503b480cc4e8f4411b7.jpg>
g

wpered.su: **Alexandr Juschtschenko sprach über die humanitäre Unterstützung der KPRF im Donbass**

Auf der Seite „Daily Storm“ ist ein Artikel unter dem Titel „Der Kampf um den Donbass zwischen den russischen Parteien“ veröffentlicht. Das Material ist den Aktivitäten gewidmet, die die Parlamentsparteien in der LDVR entwickeln. Der Abgeordnete der Staatsduma Alexandr Juschtschenko brachte die Sache auf den Punkt und berichtete dem Portal ausführlich über alle Etappe der Arbeit der Kommunistischen Partei im Donbass, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Die Aktivität von Mitgliedern von „Einiges Russland“ wird von zahlreichen Medien aufgebläht. Die Regierungspartei hat ihre Arbeit dort vor nur zwei Monaten begonnen, während die KPRF sich seit 2014 um die Unterstützung der örtlichen Einwohner kümmert“, erklärte der Politiker.

Gennadij Sjuganow war Initiator der Organisation „Kinder Russlands für die die Kinder des Donbass“, die seit 2014 aktiv ist. „Wir bringen von dort Kinder nach Moskau, bringen sie unter. Sie erhalten hier Bildung und traditionelle kulturelle Kenntnisse. Außerdem 95 Konvois mit humanitärer Hilfe, die seit 2014 laufen, sie werden unter Ägide der Kommunistischen Partei weitergeführt werden. Mehr noch, gerade unsere Partei hat den Anstoß für Handlungen gegeben, die wir seit 2014 versucht haben durchzusetzen. Ich erinnere an die Initiative der KPRF von Februar über die Anerkennung der Republiken DVR und LVR“, sagte Juschtschenko.

„Kinder Russlands für die Kinder des Donbass“ ist ein Projekt, das vom Vorsitzenden des ZK der KPRF Gennadij Sjuganow und der inzwischen verstorbene Sänger Josif Kobson begonnen haben. Mit seiner Hilfe können Kinder des Donbass im Sommer das Ferienlager „Snegiri“ bei Moskau besuchen. In dem Komplex „Snegiri“, der der Geschäftsführung des Präsidenten der RF gehört, finden auch traditionell große Versammlungen von KPRF-Mitgliedern statt. Der Parlamentarier fügte auch hinzu, dass die „Initiativen zur Entnazifizierung der Ukraine“ ein Verdienst gerade der Kommunisten ist. Denn im Vorfeld des 24. Februar hat der Vorsitzende der KPRF ein Dokument über die Erfahrung der Entnazifizierung Deutschlands in der Nachkriegszeit herausgegeben. Das Dokument wurde in allen Staatsorganen verbreitet und in vielem werden die Maßnahmen zur Entnazifizierung der befreiten Territorien nach dieser Methodik realisiert. Insbesondere beleben die ukrainischen Kommunisten aktiv die sowjetischen Attribute wieder und bauen zuvor demontierte Lenin-Denkmäler wieder auf“. Die russischen Kommunisten arbeiten schon lange mit den Kommunistischen Parteien der DVR und der LVR zusammen. Sie sind inzwischen vollwertige Zellen der Union Kommunistischer Parteien (SKP) KPSS, die alle Kommunisten des postsowjetischen Raums vereint. Am 30. März fand eine Sitzung des Sekretariats des Zentralrats der SKP KPSS statt, wo eine allseitige groß angelegte Vorbereitung zur Feier des 100. Jahrestags des Gründung der UdSSR angekündigt wurde. „So haben diese Zellen eine enge Verbindung mit der Führung der KPRF in Moskau“, fasste Alexandr Juschtschenko zusammen.

7:20 de.rt.com: **Medwedew: Russlands Nuklearschild schreckt diejenigen ab, die auf den Dritten Weltkrieg drängen**

Russlands ehemaliger Präsident Dmitri Medwedew ist der Ansicht, dass die Länder, die eine "offen feindselige Haltung" gegenüber Moskau eingenommen haben, versuchen, das Land in Richtung des Dritten Weltkriegs zu drängen. Der russische Nuklearschild verhindere dies jedoch.

Russlands nuklearer Schutzschild trägt dazu bei, diejenigen zu besänftigen, die versuchen, das Land in den Dritten Weltkrieg oder eine ähnliche Situation zu treiben, erklärte Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates Russlands und ehemaliger russischer Präsident.

Ihm zufolge sehe Moskau solche Versuche bei den Staaten, die eine offen russlandfeindliche Haltung einnehmen, und bei denjenigen, die sich einer russlandfeindlichen Rhetorik bedienen. Bei einem Treffen in der russischen Stadt Sarow über die Entwicklungsperspektiven des Nationalen Zentrums für Physik und Mathematik sagte Medwedew:

"Das historische Verdienst derer, die hier gearbeitet haben, besteht gerade darin, dass ein zuverlässiger nuklearer Schutzschild für Russland und unsere Verbündeten geschaffen wurde. Und dieses Schild hat unsere Unabhängigkeit über viele Jahre hinweg gesichert."

Vergangene Woche hatte Medwedew mitgeteilt, dass die Entsendung westlicher Waffen und Söldner in die Ukraine sowie die NATO-Übungen nahe der russischen Grenzen die Wahrscheinlichkeit eines direkten und offenen Konflikts mit dem nordatlantischen Bündnis erhöhen, der "immer das Risiko eines vollwertigen Atomkriegs birgt".

Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte daraufhin, dass alle bestrebt seien, ein solches Ereignis zu vermeiden, dass Russland aber bereit sei, auf jeden Versuch, "sich in der Ukraine und gegen Russlands Militäroperation zu engagieren, mit aller Härte zu reagieren".

Am 25. April erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, er halte die Risiken eines Atomkriegs für "sehr hoch". Noch einen Monat zuvor hatte er gesagt, er glaube nicht, dass es dazu kommen werde. Der russische Außenminister wies darauf hin:

"Das Atomthema im Kontext der Ereignisse, die sich in den vergangenen Jahren in der Ukraine abgespielt haben und in den letzten Monaten und Wochen buchstäblich eskaliert sind, das Atomthema ist ausschließlich von westlichen Vertretern, vor allem der NATO, in diesen Diskurs geworfen worden."

Lawrow betonte, dass Russland sich für die Unannehmbarkeit eines Atomkriegs einsetzt. Medwedew seinerseits erklärte Ende März, dass das Land in vier Fällen Atomwaffen einsetzen könnte:

- wenn das Land von einer Rakete mit Atomwaffen getroffen wird;
- jeder Einsatz von Kernwaffen gegen das Land oder seine Verbündeten;
- ein Angriff auf kritische Infrastrukturen Russlands;
- ein Akt der Aggression gegen Russland oder seine Verbündeten, der die Existenz des Landes bedroht.

Russland werde seine Atomwaffen nur im Falle einer existenziellen Bedrohung einsetzen, wie es im nationalen Sicherheitskonzept des Landes vorgesehen sei.

Am 27. Februar, drei Tage nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine, ordnete der russische Präsident Wladimir Putin an, die Abschreckungskräfte, zu denen auch die Nuklearstreitkräfte gehören, in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu berichtete dem Präsidenten, dass die strategischen Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden seien.

Unterdessen erklärte das Pentagon, es sehe keinen Grund, den Bereitschaftsstatus der strategischen Abschreckungskräfte der USA zu ändern. Gleichzeitig stelle das russische Nukleararsenal die USA laut Abteilungsleiter Lloyd Austin vor "erhebliche Probleme".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283f10848fbef403d322f10.jpg>

7:30 de.rt.com: **Peskow: In der Ukraine ist ein Heer von PR-Firmen aktiv**

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, hat erklärt, dass die Ukraine über ein Heer von PR-Firmen und Beratern verfüge, die Ströme von Lügen und ungeheuerlichen Fake News produzieren. Er sagte auf einer Veranstaltung am Dienstag: "Das Schlimmste ist wahrscheinlich, was wir in Bezug auf die monströse Informationskriegsführung gesehen haben, das sind Lügenströme. Das sind Ströme von Lügen, Fakes, Inszenierungen, die manchmal so ungeheuerlich sind, wie es sich der menschliche Verstand nicht vorstellen kann."

Als Beispiel nannte er die Geschehnisse in Butscha. Hierzu stellte Peskow fest: "Es ist klar, dass die ukrainischen Spezialisten selbst kaum so professionell hätten arbeiten können, sie haben ein Heer von PR-Firmen, Informationsberatern und Spezialisten für Informationskriegsführung, die für sie arbeiten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62847886b480cc4d25774576.jpg>

7:56 de.rt.com: **WEF-Präsident Brende: Es geht uns schlechter als letztes Jahr, aber besser als im nächsten Jahr**

Für den WEF-Präsidenten Børge Brende kommt das nächste Treffen des Weltwirtschaftsforums WEF zu einem kritischen Zeitpunkt: Die Weltwirtschaft drohe in eine Stagflation zu stürzen und die geopolitischen Spannungen seien so groß wie lange nicht mehr.

Ab dem kommenden Wochenende findet wieder das Treffen des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum; WEF) im schweizerischen Davos statt. Für den WEF-Präsidenten Børge Brende kommt das Treffen zu einem Zeitpunkt, in dem man sich in der schwierigsten geopolitischen Lage seit Langem befinde. So drohe die Weltwirtschaft in eine Stagflation zu stürzen, auch die geopolitischen Spannungen seien so groß wie seit Langem nicht mehr und die Pandemie sei noch immer nicht vorbei, so Brende im Interview mit dem Handelsblatt. Angesichts dessen habe man es mit starken Schwankungen, hohen Unsicherheiten und einer fragilen Gesamtsituation zu tun:

"Auf die Frage nach dem Zustand der Welt habe ich kürzlich gesagt: Es geht uns schlechter als letztes Jahr, aber besser als im nächsten Jahr."

Noch vor dem Ende der Pandemie habe mit dem Krieg in der Ukraine die nächste Krise begonnen, die das Wirtschaftswachstum in Europa erheblich schwäche und die Europäer auch vor enorme Herausforderungen bei ihrer Energieversorgung stelle. Zudem hätten die Lockdowns in China erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft bewirkt.

Weiterhin gebe es erhebliche Spannungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsregionen, daher sei es möglich, dass ein Treffen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) nicht zustande kommt. Dennoch wolle das Weltwirtschaftsforum weiter an der bisherigen Linie festhalten:

"Wenn wir den Welthandel weiter einschränken, wird es weniger Wachstum, weniger Jobs und weniger Wohlstand für alle geben. Wir dürfen nicht zurück in einen Protektionismus verfallen."

Im globalen Lebensmittelhandel sehe man bereits "beängstigende Entwicklungen", da viele Länder Exportrestriktionen einführen und so eine globale Nahrungsmittelkrise auslösen würden, so Brende. Die Weltwirtschaft stehe zudem an einer durch Probleme gezeichneten Wegscheide. So habe man bereits in der Corona-Krise 14 Billionen US-Dollar ausgegeben, um eine wirtschaftliche Depression zu vermeiden. Nun zwingt die hohe Inflation die Notenbank zu einer Zinswende, welche jedoch auch den Aufschwung abwürgen könne. Ein weiterer Punkt sei die Förderung von "erneuerbaren Kraftstoffen der Freiheit" und Technologien zur Dekarbonisierung der Wirtschaft, die noch stärker erfolgen müsse, da der "Kampf gegen den Klimawandel" weiterhin zur Agenda des WEF gehöre.

Brende stellte weiterhin klar, dass man in Davos eine große Delegation der Ukraine erwarte. "Für mich ist dieser 'Moment der Ukraine' ein wichtiges Ereignis in diesem Jahr."

Es werde jedoch keine Vertreter von russischen Unternehmen oder der Regierung in Moskau beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum geben, so Brende. Viele europäische Unternehmer wollen in Davos ein Zeichen setzen und sich an der Initiative 'CEO für die Ukraine' beteiligen. Den Rückzug vieler Unternehmen aus Russland und die dadurch bezogene "Stellungnahme" der Konzerne begrüße man beim WEF. So zeige es doch auch, "dass der Stakeholder-Kapitalismus, wie ihn WEF-Gründer Klaus Schwab seit vielen Jahren propagiere, lebendig sei".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283f11048fbef3e20213c96.jpg>

8:30 de.rt.com: **Ukraine soll trotz drohender Getreideknappheit Weizen nach Europa exportiert haben**

Unter dem Druck der Europäischen Union exportiere die Ukraine ihre Weizenreserven aus den Lagern im Hafen von Odessa auf alternativen Wegen, obwohl im eigenen Land eine Getreideknappheit drohe. Darauf wies ein ehemaliger Mitarbeiter des Seehafens von Odessa gegenüber [RIA Nowosti](#) hin. Er erklärte:

"Der eingeschränkte Betrieb des Hafens von Odessa verhindert, dass die meisten Getreidemengen auf dem Seeweg exportiert werden können. Auf Druck der EU wurde eine alternative Route über die Häfen von Reni und Ismail erstellt, von wo aus sie weiter die Donau entlang transportiert werden, und das, obwohl in der Ukraine selbst eine reale Gefahr der Weizenknappheit besteht, wenn man bedenkt, dass es in diesem Jahr eine echte Aussicht auf eine Störung der Ernte gibt."

Nach Angaben der namentlich nicht genannten Quelle der Nachrichtenagentur lagerten im Hafen von Odessa bis zum 24. Februar mehr als 200.000 Tonnen Weizen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/10/1759321247_0:126:3194:1923_1280x0_80_0_0_b3101f6c888c68ef631550b5de6c0ee9.jpg

8:50 de.rt.com: **Washington: Mögliches Gespräch zwischen Blinken und Lawrow muss zur Deeskalation in der Ukraine führen**

US-Behörden sind der Ansicht, dass ein Gespräch zwischen US-Außenminister Anthony Blinken und seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow unter den derzeitigen Umständen nicht konstruktiv wäre. Sie würden aber die Möglichkeit solcher Gespräche in der Zukunft nicht ausschließen, wenn diese zu einer Deeskalation der Gewalt in der Ukraine führten. Das verkündete der Pressesprecher des US-Außenministeriums Ned Price am Dienstag bei einer regelmäßigen Pressekonferenz.

"Der Außenminister hat seit Februar nicht mehr mit seinem russischen Amtskollegen gesprochen."

"Die Russische Föderation hat uns keinen Grund zu der Annahme gegeben, dass ein Gespräch auf dieser Ebene – zwischen Blinken und Lawrow – unter den derzeitigen Bedingungen konstruktiv wäre."

"Wenn die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind und wir zu dem Schluss kommen, dass ein Gespräch zwischen ihnen dazu beitragen könnte, die Gewalt einzudämmen oder die humanitäre Lage des ukrainischen Volkes zu verbessern, dann könnten sie in Zukunft Gespräche führen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628487e448fbef3e250d817b.jpg>
g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 315 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 10 Ortschaften der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **wurden 3 Zivilisten verletzt**. 6 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurde beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 36 ukrainische Nationalisten, 8 Feuerpunkte, 2 Schützenpanzer, einen Schützenpanzerwagen und 3 Lastwagen vernichtet. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“, ein gepanzertes Kommandostabsfahrzeug und ein Feldartillerielager wurden erobert. **11 Soldaten der 25. Luftlandebrigade und 17 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

9:36 de.rt.com: **Bericht: Deutsche Bank sperrt Korrespondenzkonten einiger großer russischer Banken**

Die Deutsche Bank soll die Zusammenarbeit mit einer Reihe großer russischer Banken eingestellt und deren Korrespondenzkonten in Euro geschlossen haben, berichtet die Wirtschaftszeitung RBK. Um welche Finanzinstitute es sich konkret handelt, ist unklar. RBK verweist in ihrem Bericht vom Mittwoch auf zwei Quellen auf dem Finanzmarkt. Demnach habe die Deutsche Bank die Beziehungen zu einer Reihe großer russischer Banken abgebrochen, die bei ihr Korrespondenzkonten in Euro eröffnet hatten. Um welche Finanzinstitute es sich konkret handelt, ist unklar. Die Deutsche Bank soll die betroffenen Banken im März über die Schließung informiert haben. Die Konten hätten bis einschließlich 7. April funktioniert und seien am 20. April geschlossen worden, sagte einer der Gesprächspartner von RBK. Er fügte hinzu, dass die Entscheidung viele große Kreditinstitute betreffe.

"Die Deutsche Bank hat jetzt noch ein paar Korrespondenzkonten bei kleinen russischen Banken, die nicht auffallen und nur wenige Transaktionen haben", bestätigte eine weitere Quelle. Falls die Anzahl der Transaktionen steige, würde die Deutsche Bank das jeweilige

Konto ebenfalls schließen.

Die Deutsche Bank hatte im März angekündigt, ihr Geschäft in Russland herunterzufahren und dort kein Neugeschäft mehr zu machen. In einer Erklärung hieß es: "Gleichzeitig helfen wir unseren bestehenden nicht-russischen internationalen Kunden dabei, ihren Geschäftsbetrieb im Land zu verringern."

Wie RBK mit Verweis auf einen Firmenvertreter Anfang Mai berichtet hatte, habe auch die österreichische Bankengruppe Raiffeisen Bank International AG (RBI) beschlossen, die Korrespondenzkonten einiger russischer Banken zu schließen. Welche Banken von der Maßnahme betroffen sind, ist unklar. Die russische Tochter der Raiffeisenbank sei es jedenfalls nicht, erklärte die Quelle.

Ebenfalls im März hatte die EU den Ausschluss von sieben russischen Banken (VTB, Bank Rossija, Otkritie, Nowikombank, Promswjasbank, Sowkombank und WEB) aus dem Finanz-Kommunikationssystem SWIFT in Kraft gesetzt. Russlands größte Bank Sberbank sowie die Gazprombank sind vorerst verschont geblieben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628496c6b480cc6885658a42.jpg>

9:40 de.rt.com: **Schweden und Finnland überreichen offiziell Anträge auf NATO-Beitritt**

Schweden und Finnland haben am Morgen offiziell eine Mitgliedschaft in der NATO beantragt. Am Morgen überreichten die Botschafter der beiden Staaten die entsprechenden Papiere an NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Dieser hieß die Beitrittsanträge in der Brüsseler Bündniszentrale willkommen:

"Dies ist ein historischer Moment zu einem kritischen Zeitpunkt für unsere Sicherheit."

"Sie sind unsere engsten Verbündeten."

Dem Beitrittsantrag müssen jetzt allerdings noch die 30 Mitglieder des NATO-Rats einstimmig zustimmen. Dies könnte sich aber als schwierig erweisen, da die Türkei, die auch Mitglied im Rat ist, zuletzt Widerstand gegen die Beitrittsanträge der beiden nordischen Länder angekündigt hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628498e7b480cc3fd90592b4.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 18.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

10 Mann;

2 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

7 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Die Volksmiliz befreite weiter das von Kiew besetzten Territorium. Einheiten der Volksmiliz haben Orechowo vollständig befreit.

Der Gegner setzt den Terror gegen die friedlichen Bevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 20 Geschosse mit 152mm- und 122mm-Artilleriegeschützen auf Perwomajsk abgefeuert.

Infolge desr Beschusses wurde ein Wohnhaus beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern haben technische Einheiten der Volksmiliz der LVR Arbeiten zur Entminung des Gebiets des Karton- und Verpackungskombinats in Rubeshnoje durchgeführt, nach der Entminung plan die Stadtverwaltung die Funktionsfähigkeit wieder herzustellen und das Unternehmen zum Nutzen der Republik in Betrieb zu nehmen.

Außerdem liefert die Volksmiliz der LVR weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

10:00 de.rt.com: **Russland: Pro-ukrainischer Saboteur im Gebiet Kemerowo festgenommen**

Ein pro-ukrainischer Nazi-Sympathisant, der in einen Sabotageakt verwickelt gewesen sein soll, sei im Gebiet Kemerowo festgenommen worden. Dies teilte das FSB-Pressezentrum mit. Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation habe in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium einen russischen Staatsbürger festgenommen. Dieser sei ein Anhänger der ukrainischen Nazis und an der Beschädigung von zwei Hochspannungsmasten beteiligt gewesen, was zu einem vorübergehenden Stromausfall in der Region Kemerowo geführt habe, so der FSB.

In der Wohnung des Mannes sollen Molotowcocktails, Kanister mit Benzin, Befestigungsbolzen von beschädigten Stromleitungen, zwei Druckluftpistolen und zwei Kampfmesser sowie Kommunikationsgeräte mit Diagrammen von Militär- und Polizeidienststellen in Kemerowo und ein Tagebuch mit Notizen gefunden worden sein, die die Begehung von Sabotageakten bestätigen.

Gegen den Mann wurde ein Strafverfahren wegen "vorsätzlicher Zerstörung oder Beschädigung von Eigentum" und "Sabotage" eingeleitet.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Insgesamt haben sich vom Gebiet des Metallkombinats „Asowstal“ in Mariupol 962 ukrainische Kämpfer in Gefangenschaft begeben.

10:11 de.rt.com: **"Um Inflation zu bekämpfen" – Wirtschaftslobby fordert Rente ab 70**
Um die steigende Inflation zu bekämpfen, sprechen sich einige Wirtschaftslobbyisten in Deutschland für eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters aus. Immer mehr Rentnern stünden immer weniger Beschäftigte gegenüber. Das könne zu weiter steigenden Preisen führen.

Im Kampf gegen die hohe Inflation sprechen sich einige Wirtschaftslobbyisten in Deutschland für eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters aus. Der Ökonom Gunther Schnabl sagte dem Springerblatt Bild am Mittwoch:

"Das Renteneintrittsalter muss steigen. Deutschland hat schon heute ein riesiges Fachkräfteproblem, Hunderttausende Stellen sind unbesetzt."

Das führe dazu, dass unter anderem die Löhne in den nächsten Jahren kräftig steigen müssten und damit Waren und andere Leistungen noch viel teurer würden, so Schnabl. Der Vizepräsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Stefan Kooths, erklärte:

"Der Mix aus alternder Gesellschaft, hoher Verschuldung und Energiewende wird in den nächsten Jahren zu einer steigenden Gefahr für die Preisstabilität."

Immer mehr Rentnern stünden immer weniger Beschäftigte gegenüber. Das könne zu weiter steigenden Preisen führen. Für große Aufregung hatten im vergangenen Sommer Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium über eine Reform hin zur Rente mit 68 gesorgt. Nach geltender Rechtslage wird die Altersgrenze für die Rente ohne Abschläge bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62849b9448fbef3e20213cc0.jpg>

10:25 de.rt.com: **Bereits mehr als 900 ukrainische Kämpfer vom Asow-Stahl-Werk haben kapituliert**

Die Zahl ukrainischer Kämpfer, die sich seit Beginn des Abzugs der Einheiten des neonazistischen Asow-Bataillons vom Mariupoler Hüttenwerk Asow-Stahl in russische Gefangenschaft ergeben haben, hat inzwischen 959 erreicht. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Mittwoch bei einem Briefing mit. Darunter handelt es sich demnach um 80 Verletzte, von denen 51 ins Krankenhaus der Stadt Nowoasowsk in der DVR eingewiesen wurden.

Allein in den vergangenen 24 Stunden verließen 694 Militärs das Asow-Stahl-Werk, darunter waren 29 Verletzte.

Das Ministerium veröffentlichte auch ein neues Video, das die Kapitulation der Asow-Kämpfer vom Stahlwerk zeigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284aafdb480cc3fd90592c7.jpg>

10:45 de.rt.com: **SPD, Grüne und FDP wollen Schröder Altkanzler-Privilegien streichen – auch Parteiausschluss möglich**

Altkanzler Gerhard Schröder soll Büroräume und Mitarbeiter im Bundestag verlieren. Am Donnerstag wollen SPD, Grüne und FDP in einer Sitzung des Haushaltsausschusses einen entsprechenden Beschluss verabschieden. Mit Nancy Faeser fordert nun auch das erste Kabinettsmitglied einen Parteiausschluss von Schröder.

Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) soll nach den Plänen von SPD, Grünen und FDP wegen seiner Nähe zu Russland bereits am Donnerstag seine Büroräume und Mitarbeiter im Bundestag verlieren. Einen entsprechenden Beschluss wollen die Haushaltspolitiker der drei Parteien in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses verabschieden, berichtet das Springerblatt Bild unter Berufung auf Koalitionskreise.

Die Streichung soll dem Bericht zufolge damit begründet werden, dass Schröder die ihm bisher zustehenden Büroräume und Mitarbeiterstellen aktuell nicht nutzt. Sein Ruhegehalt sowie seinen Schutz durch Beamte des Bundeskriminalamts soll Schröder hingegen allerdings weiter behalten.

Zudem soll die SPD nach Meinung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Parteiausschlussverfahren gegen Schröder in die Wege leiten. Auf die Frage, ob Schröder trotz seiner engen Kontakte zum russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Partei bleiben könnte, entgegnete Faeser am Dienstag auf einer Veranstaltung der Zeitung Die Zeit: "Ausschließen!"

Damit ist Faeser das erste Kabinettsmitglied, das den Ausschluss des ehemaligen Kanzlers fordert.

Wegen seiner Nähe zu Putin und seiner Tätigkeiten für russische Gasunternehmen war der Altkanzler in den letzten Monaten teils starker Kritik ausgesetzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284a98b48fbef3c8f7830f0.jpg>

11:15 de.rt.com: Sacharowa: **Selenskijs Kommentare über Kapitulation ukrainischer Kämpfer im Werk Asowstal sind Lügen und Propaganda**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die Einschätzung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zur Kapitulation ukrainischer Soldaten im Werk Asowstal als Lügen und Propaganda bezeichnet.

Sie stellte fest, dass Selenskij die "Operation zum Abzug der Kämpfer" aus dem Gebiet des Stahlwerkes, nun als "humanitäre Operation der ukrainischen Seite" bezeichnet. Die Beamtin sagte dem Radiosender Sputnik:

"Genau mit solchen Äußerungen demonstrieren sie ihre Lügen und Propaganda und auf Lügen basierende Propaganda, die sie die ganze Zeit über betrieben haben. Es ist so demonstrativ und aufschlussreich, dass es in erster Linie gegen sie selbst wirkt. Den von Russland seit einigen Wochen angebotenen Abzug von Menschen als ihre spezielle humanitäre Operation auszugeben, zeigt der ganzen Welt, wie sie in den vergangenen Jahren unter der Führung vor allem US-amerikanischer und allgemeiner NATO-Spezialisten gelernt haben zu lügen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628493f7b480cc3f552b3ce8.jpg>

11:25 de.rt.com: **Neues mögliches Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte genannt**

Die Raketenfregatte Admiral Makarow könnte zum neuen Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte werden. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur TASS unter Verweis auf eine nicht näher genannte Quelle, die den Sicherheitsstrukturen der Krim nahestehen soll. TASS zitiert:

"Nach dem Untergang der Moskwa könnte es eine der drei Hochseefregatten des Projekts 11356 werden. Bislang fiel die Wahl auf Admiral Makarow."

Offiziell konnte die Nachrichtenagentur diese Angaben nicht bestätigen.

Die Admiral Makarow ist das dritte Schiff der Fregatten des Projekts 11356. Sie ist nach dem russischen Vizeadmiral, Ozeanographen, Polarforscher und Schriftsteller [Stepan Ossipowitsch Makarow](#) benannt. Am 27. Dezember 2017 wurde sie der russischen Marine übergeben. Bei den Fregatten des Projekts 11356 handelt es sich um Mehrzweckschiffe von etwa 4 Tonnen Verdrängung, die zur Bekämpfung von feindlichen Schiffen und U-Booten sowie zum Patrouillendienst eingesetzt werden können.

Das bisherige Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, der Raketenkreuzer Moskwa, war am 14. April nach einem Brand am Bord [gesunken](#). Kiew behauptete, das Schiff mit einer Schiffsabwehrrakete getroffen zu haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62849783b480cc38911e59cc.jpg>

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **London offen für Kriegsverbrechertribunal gegen Putin**

Großbritannien würde ein Kriegsverbrechertribunal gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Mitglieder seiner Führung nach Angaben der britischen Außenministerin Liz Truss grundsätzlich unterstützen.

Putin "und alle, die hinter diesen entsetzlichen Kriegsverbrechen stecken", müssten demnach zur Verantwortung gezogen werden, entgegnete Truss auf eine entsprechende Frage des ukrainischen Parlamentsabgeordneten Olexij Hontscharenko während einer Gesprächsrunde beim Sender Times Radio:

"Falls ein Tribunal dabei hilft, wird Großbritannien definitiv erwägen, dieses zu unterstützen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284b0f7b480cc40745a1984.jpg>

12:15 de.rt.com: **Eine lange Liste von Forderungen: Was die Türkei als Ausgleich für die NATO-Erweiterung verlangt**

Kampfflugzeuge, Kurden und antitürkische Sanktionen - Laut Bloomberg ist Ankara bereit, die schwedische und finnische NATO-Mitgliedschaft gegen eine Reihe von Entgegenkommen einzutauschen. Jedoch haben sie alle mit der aktuellen Krise um die Ukraine nichts zu tun. Die erneute NATO-Erweiterung – diesmal im Baltikum – ist gefährdet, da die Türkei damit droht, gegen den Beitritt Schwedens und Finnlands ein Veto einzulegen. Die Nachrichtengruppe Bloomberg hat von den Forderungen der Türkei erfahren, die sie bereit ist, gegen eine skandinavische Mitgliedschaft in der NATO einzutauschen. Und die Liste dieser Forderungen ist lang.

"Die Türkei möchte wieder in das erweiterte Programm für F-35-Flugzeuge aufgenommen werden, von dem sie ausgeschlossen wurde, nachdem sie S-400-Raketenabwehrsysteme von Russland gekauft hatte. Außerdem hat sie eine ausstehende Anfrage an die USA zum Kauf von Dutzenden von F-16-Kampfflugzeugen und Nachrüstungssätzen für ihre bestehende Flotte", schreibt Bloomberg unter Berufung auf "drei hohe türkische Beamte".

Außerdem fordert die Türkei, dass Schweden und Finnland sowie mehrere andere europäische Länder "die Waffenexportbeschränkungen aufheben, die sie der Türkei nach ihrem Einmarsch in Syrien im Jahr 2019 auferlegt haben".

Wie der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Montag bestätigte, wolle sein Land außerdem, dass Schweden und Finnland die Handelsbeschränkungen aufheben, die sie der Türkei auferlegt hatten.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme der beiden Länder in die NATO durch die Türkei ist auch eine Änderung ihrer Haltung gegenüber kurdischen Migranten und Mitgliedern der Arbeiterpartei Kurdistans, die die Türkei als terroristische Organisation betrachtet. Zuvor hatte der türkische Fernsehsender TRT berichtet, dass Finnland und Schweden dem Antrag Ankaras auf Auslieferung von 33 Verdächtigen, die in als terroristisch eingestufte Gruppen in der Republik verwickelt sind, nicht stattgegeben hatten. Laut TRT, hätten Finnland und Schweden auf einige der Anfragen negativ reagiert und einige unbeantwortet gelassen.

Die türkische Agentur Anadolu zitierte den türkischen Präsidenten Recep Erdoğan:

"Keines dieser Länder hat eine klare und eindeutige Position zu terroristischen Organisationen. Sie haben erklärt, dass sie keine Terroristen ausliefern werden. Die Türkei wird einem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands nicht zustimmen".

Erdoğan wirft Schweden und Finnland vor, sich "in ein Gästehaus für Terroristen" verwandelt zu haben und Vertreter terroristischer Organisationen in ihren Parlamenten zu tolerieren. Es geht um die langjährige, konsequente Politik der nordischen Länder, die politische Flüchtlinge

aus der Türkei nicht nur aufnimmt, sondern auch umfassend unterstützt. Zurzeit haben beispielsweise einige Mitglieder des schwedischen Parlaments eine kurdische Herkunft. Die Türkei werde Schweden und Finnland demnächst ein Manifest mit zehn Bedingungen überreichen, die erfüllt sein müssen, bevor die Türkei einer NATO-Mitgliedschaft dieser Länder zustimmt, berichtet am Mittwoch die türkische Tageszeitung Sabah. Demnach werde die Türkei von Schweden und Finnland unter anderem verlangen, keine Mitglieder von Organisationen mehr zu beherbergen, die Ankara als terroristisch einstuft, sowie die finanzielle Unterstützung kurdischer Gruppierungen einzustellen und insbesondere "den Geldfluss terroristischer Organisationen zu unterbinden und ihre Bankkonten" auf dem Gebiet der skandinavischen Länder zu sperren. Darüber hinaus müssen die NATO-Besucher Kandidaten Kontakte zur Führung der Arbeiterpartei Kurdistans vermeiden, die "Aktivitäten" von Anhängern des in der Türkei verbotenen islamischen Predigers Fethullah Gülen einstellen, die Auslieferung gesuchter Mitglieder verbotener Organisationen in ihrem Hoheitsgebiet beschleunigen und die Unterstützung "jeglicher Maßnahmen gegen die Sicherheit der Türkei" einstellen.

Manche europäische Politiker drohten der Türkei mit Schwierigkeiten als Reaktion auf die harte Rhetorik Ankaras. So warnte der Vorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament Manfred Weber die Türkei vor einer Blockade der NATO-Aufnahme Finnlands und Schwedens. "Jeder, der die Geschlossenheit der NATO infrage stellt, wird sich innerhalb der Gemeinschaft isolieren", sagte Weber den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Im Gegensatz dazu schrieb NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf Twitter: "Die Türkei ist ein geschätzter Bündnispartner und alle Sicherheitsbedenken müssen angegangen werden. In diesem historischen Augenblick müssen wir zusammenstehen."

Während der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn dem türkischen Staatschef Erdoğan in einem Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin eine "Basar-Mentalität" vorwirft, ist die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht überzeugt, dass alle Meinungsverschiedenheiten mit der Türkei bald beigelegt sein werden. "Am Ende ist es eine Bereicherung für die NATO, wenn zwei so starke EU-Staaten wie Finnland und Schweden der NATO beitreten", sagte sie am Rande des Brüsseler Treffens der EU-Verteidigungsminister. "Und ich bin fest davon überzeugt, dass auch die Türkei sich davon überzeugen lässt".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284c73548fbef3a941a48e3.jpg>

12:50 de.rt.com: **Russland meldet Indienstellung neuer Raketenabwehrsysteme**

Russlands stellvertretender Regierungschef Juri Borisow hat erklärt, dass die Raketenabwehrsysteme der neuen Generation vom Typ S-500 bei den Streitkräften in Dienst gestellt werden. Die Nachrichtenagentur Interfax zitiert den Politiker wie folgt:

"Heute werden die ersten Systeme in Dienst gestellt, die faktisch Luft- und Raketenabwehrfunktionen kombinieren. Das sind Systeme vom Typ S-500."

Zuvor hatte der Oberbefehlshaber der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte Sergei Surowikin erklärt, dass S-500 in der Lage sei, Satelliten zu vernichten und Hyperschallraketen

abzufangen.

S-500 wurde vom russischen Rüstungskonzern Almas-Antei entwickelt. Im Juli 2021 hatte Russlands Verteidigungsministerium erfolgreiche Tests des Systems gemeldet. Im April 2022 begann Almas-Antei mit der Serienproduktion von S-500. Das System soll über einen Wirkungsradius von 600 Kilometern verfügen und vergleichbaren Modellen technisch überlegen sein. Nach Angaben des Militärs werde S-500 die Grundlage der russischen Luft- und Raketenabwehr bilden, schrieb Interfax.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284b19db480cc3f552b3d12.jpg>

dan-news.info: „Was die Kriegsverbrecher betrifft und die, die Nationalisten sind, ihr Schicksal muss, wenn sie die Waffen niedergelegt haben, ein Gericht klären. Egal wie manche es sehen, ich weiß es gibt unterschiedliche Meinung, Gefühle, wenn der Gegner die Waffen niedergelegt hat, dann wird sein weiteres Schicksal ein Gericht entscheiden, wenn es ein Nazi-Verbrecher, dann ein Tribunal“, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin. Nach Auffassung Puschilins sind Kriegsverbrecher nicht nur die Kommandeure der Kämpfer, sondern auch die, die ihre Befehle ausführen und „deren Handlungen und Vorgehensweisen auf Nazi-Ideologie beruhen, insbesondere in Bezug auf die Zivilbevölkerung“. Was das Tribunal betrifft, „so ist das derzeit eine Frage der nächsten Etappe. Das Tribunal sollte international sein – Russland, die DVR oder LVR“.

13:01 de.rt.com: **Russischer Geheimdienst: USA rekrutieren IS-Terroristen für den Kampf in der Ukraine**

Der russische Auslandsgeheimdienst hat erklärt, dass die USA "aktiv Terroristen für den Kampf in der Ukraine rekrutieren". Dies zeige die Bereitschaft Washingtons, "jedes Mittel einzusetzen, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen".

Russlands Geheimdienst SWR teilte am Dienstag in einer Erklärung mit, dass nach den ihm vorliegenden Erkenntnissen "die Vereinigten Staaten sogar Mitglieder internationaler terroristischer Organisationen, einschließlich der in der Russischen Föderation verbotenen Gruppe Islamischer Staat (IS), aktiv als Söldner für eine Teilnahme an den Kampfhandlungen in der Ukraine rekrutieren".

Der russische Sonderdienst verweist dabei auf den US-amerikanischen Militärstützpunkt in Syrien al-Tanf, der sich nahe der Grenzen zu Jordanien und Irak befindet. Seinen Quellen zufolge haben sich dieser Stützpunkt und das umliegende Gebiet zu einer Art terroristischer "Drehscheibe" entwickelt, wo bis zu 500 IS- und andere Dschihadisten gleichzeitig "geschult"

werden können.

Laut dem SWR seien im vergangenen Monat 60 IS-Kämpfer, die aus von den syrischen Kurden kontrollierten Gefängnissen entlassen worden waren, nach al-Tanf gebracht worden, "um anschließend auf ukrainisches Gebiet überführt zu werden".

Weiter gab der Sonderdienst an, dass die Kämpfer während eines Trainingskurses in al-Tanf im Umgang mit Panzerabwehrraketensystemen, Aufklärungs- und Kampfdrohnen sowie moderner Kommunikations- und Überwachungsausrüstung geschult werden.

Nach Ansicht des SWR bestätigen diese Daten, dass "die Vereinigten Staaten bereit sind, jedes Mittel einzusetzen, um ihre geopolitischen Ziele zu erreichen, was die Unterstützung internationaler terroristischer Gruppen nicht ausschließt".

Der Geheimdienst schloss mit der Feststellung, dass die US-Regierung die Folgen solcher Aktionen nicht bedenkt, "selbst wenn es um die Bedrohung der Sicherheit europäischer Verbündeter und sogar um das Leben von US-Amerikanern geht".

Washington besteht darauf, dass sich in der Ukraine keine US-Soldaten befinden

Die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen auf syrischem Territorium am Stützpunkt al-Tanf, die der SWR in seiner Erklärung erwähnt, wird seit langem sowohl von Moskau als auch von Damaskus als illegal betrachtet. Die vorherige US-Regierung hatte zugesagt, dass die US-Streitkräfte den Nordosten Syriens erst dann verlassen würden, wenn die IS-Kämpfer besiegt und die Kurden geschützt seien.

John Bolton, der damalige Nationale Sicherheitsberater der USA, behauptete, dass eine weitere Aufgabe der US-Truppen in al-Tanf darin bestehe, dem Einfluss Irans in der Region entgegenzuwirken.

Im Oktober 2021 gab es Berichte aus israelischen Militärquellen, dass noch immer etwa 350 Militärangehörige und Zivilisten in al-Tanf stationiert seien, darunter auch einige britische und französische Kräfte, die als "Geheimdienstexperten" bezeichnet worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284b55e48fbef403d322f62.jpg>

13:10 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin fordert internationales Tribunal für Kriegsverbrecher von Asow-Stahl**

Das Schicksal der gefangen genommenen ukrainischen Kämpfer vom Hüttenwerk Asowstal in Mariupol soll von einem Gerichtshof entschieden werden, teilte der Leiter der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin am Mittwoch Reportern mit. Dabei präzisierte er, dass Kriegsverbrecher ein Tribunal erwarte:

"Wenn es ein Nazi-Verbrecher ist, soll er vor ein Tribunal gestellt werden."

Dem Republikchef zufolge zählen nicht nur die Kommandeure des Neonazi-Regiments Asow, sondern auch diejenigen, die deren Befehle ausführen und "die Nazi-Ideologie in ihren Handlungen und Taten mittragen, insbesondere gegenüber der zivilen Bevölkerung", zu Kriegsverbrechern. Puschilin fügte hinzu, dass der Prozess gegen die Neonazi-Kriegsverbrecher auf internationaler Ebene stattfinden sollte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284bd7748fbef3dfe706a8d.jpg>

13:30 de.rt.com: **Bei Gaslieferstopp: Bundesnetzagentur veröffentlicht Kriterienliste zur Trennung von Unternehmen vom Netz**

Die Bundesnetzagentur hat in einer fünf Seiten umfassenden Liste ihre Kriterien zur Trennung großer Unternehmen von der Gasversorgung im Falle eines Gaslieferstopps konkretisiert. In dem am Dienstag veröffentlichten Strategiepapier würden bei einem Gasnotstand nach Angaben der Behörde für Abschaltungen demnach "folgende Kriterien" berücksichtigt:

- die "Dringlichkeit der Maßnahme, insbesondere in Abhängigkeit der Ausprägung der Gasmangelsituation",
- die "Größe der Anlage und deren Gasbezug und somit die Wirkung einer Gasversorgungsreduktion",
- die erforderliche "Vorlaufzeit zur Gasbezugsreduktion beziehungsweise eines geordneten Herunterfahrens der Produktionsanlagen",
- die "zu erwartenden volks- und betriebswirtschaftlichen Schäden",
- die "Kosten und Dauer der Wiederinbetriebnahme nach einer Gasversorgungsreduktion",
- die "Bedeutung für die Versorgung der Allgemeinheit".

Der Schritt würde demnach notwendig, um die weitere Versorgung aller anderen Abnehmer sicherstellen zu können. Allerdings diene der Kriterienkatalog nur der groben Orientierung. "Eine klare und immer gültige Wertigkeit dieser Kriterien kann weder aus einzelnen Normen noch aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz oder aus faktischen Umständen hergeleitet werden", räumt die Bundesnetzagentur ein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284bc5b48fbef3dfe706a88.jpg>

13:50 de.rt.com: **Kadyrow sieht keine Notwendigkeit für eine Mobilmachung in Russland**

Der Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow hat erklärt, dass die Notwendigkeit einer Mobilmachung in Russland derzeit nicht bestehe. In seiner Rede auf dem Bildungsmarathon "Neue Horizonte" sagte er:

"Ich werde oft gefragt, ob es tatsächlich eine Mobilmachung geben wird. Dazu antworte ich immer, dass niemand eine Mobilmachung erklären soll. Wir müssen uns selbst mobilisieren und vereinigen, uns um unseren Präsidenten scharen und die Sicherheit unseres Staats gewährleisten. Genau das ist Patriotismus."

In Bezug auf Russlands militärische Operation in der Ukraine verwies Kadyrow auf die eigene Kriegserfahrung und gab sich siegessicher. Er verkündete:

"Alles läuft zu 100 Prozent nach Plan, und wir werden die Ukraine von diesen Schaitanen befreien."

15:04 (14:04) novorosinform.oeg: **Moldawien wirft "russischen Spezialdiensten" Terroranschläge in Transnistrien vor – Quelle**

Die Geheimdienste Russlands seien für die jüngsten Terroranschläge in der PMR verantwortlich, sagte der Sprecher des moldawischen Parlaments, Igor Grosu.

In Moldawien glaubt man, dass die russischen „Geheimdienste“ in Transnistrien Terroranschläge verüben. Der Telegram-Kanal „Pridnestrowiez“ schreibt darüber und bezieht sich auf die Erklärung des Präsidenten des moldauischen Parlaments Igor Grosu im Radio Moldowa.

"Ich denke, dass die Geheimdienste es getan haben. Aber nicht aus Moldawien und nicht aus der Ukraine. Es gibt Geheimdienste in der 14. Armee in Transnistrien, die das vielleicht wollen ... Es gibt eine solche "Konfliktpartei", der FSB ist dort und der Geheimdienst in der Armee", sagte Grosu.

Zuvor sagte Staatschefin Natalia Gawriliza, dass „interessierte Parteien“ versuchten, Moldawien zu destabilisieren und es in einen unerwünschten Krieg mit Transnistrien zu ziehen, aber die Behörden beabsichtigten, das Problem der PMR-Integration nur mit friedlichen Mitteln zu lösen.



https://novorosinform.org/content/images/47/22/44722_720x405.jpg

14:15 de.rt.com: **DVR-Oberhaupt Puschilin spricht über den Zustand von Mariupol, Wiederaufbaupläne und den Abriss des Asow-Stahl-Werks**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin hat den Maßstab der Zerstörungen in Mariupol eingeschätzt und einige Details zu den Wiederaufbauplänen genannt. Seine Aussagen veröffentlichte die Nachrichtenagentur TASS. Nach Puschilins Angaben leben in der Stadt gegenwärtig über 200.000 Menschen. Dabei müsse ein Großteil der Wohnhäuser komplett neu gebaut werden:

"Nach vorläufigen Schätzungen müssen über 60 Prozent der Häuser abgerissen und neu

gebaut werden. Was die Infrastruktur angeht, ist die Lage weniger schlimm. Spezialisten, die gerade Wasserleitungen reparieren, sind weniger pessimistisch eingestellt, als wann wir die Stadt erstmals frei betreten hatten."

Die großen Hüttenwerke der Stadt erwarten laut Puschilin unterschiedliche Schicksale. Die Entscheidung zum Wiederaufbau des Iljitsch-Stahlwerks sei "praktisch einstimmig" gefällt worden. Das im Stadtzentrum am Meeresufer gelegene Asow-Stahl-Werk soll dagegen abgerissen werden. Puschilin argumentierte wie folgt:

"Die Meinung der Mariupoler ist, dass das Werk seit seiner Entstehung die Umwelt verschmutzt hat. Anstelle von Asow-Stahl sind andere Projekte geplant. Möglicherweise ein Technologiepark oder ein Wohngebiet oder eine Parkanlage."

Puschilin bemerkte, dass Mariupol eine Kurstadt und "vollständig wiederaufgebaut" werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284d617b480cc38911e5a1a.jpg>

15:25 (14:25) novorosinform.org: **Der Kampf um Sewerodonezk findet bereits im Stadtzentrum statt – Volksmiliz der LVR**

Die Operation zur Befreiung der Stadt befinde sich „in der aktiven Phase“, sagte Oberstleutnant der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, Andrej Marotschko.

Die Kämpfe in Sewerodonezk fänden bereits innerhalb der Stadt statt, und die Volksmiliz der LVR kontrolliere die Siedlung in Richtung Lisitschansk, gab Marotschko in einer Sendung im „Ersten Kanal“ bekannt.

Er betonte, dass die Kämpfer der Volksmiliz auf Ausrüstung und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in den Außenbezirken von Lyssytschansk zielten.

„Die Operation zur Befreiung von Sewerodonezk und Lisitschansk befindet sich in der aktiven Phase“, zitierte RIA Nowosti den Oberstleutnant.

Zuvor sagte Witali Kisseljow, ein Berater des Innenministers der LVR, dass sich etwa 16.000 ukrainische Kämpfer in einem „Kessel“ in der Nähe von Sewerodonezk und Lisitschansk befänden. Es wurde auch bekannt, dass Russland während der Kämpfe um Sewerodonezk zum ersten Mal „Terminator“-Kampffahrzeuge einsetzte.



https://novorosinform.org/content/images/47/26/44726_720x405.jpg

14:30 de.rt.com: **Russisches Dorf von ukrainischem Gebiet aus wiederholt beschossen**

Wjatscheslaw Gladkow, der Gouverneur des an der Grenze zur Ukraine gelegenen Gebiets Belgorod, hat in seinem Telegram-Kanal berichtet, dass das Dorf Solochi beschossen worden sei. Er schrieb:

"Es gibt Angaben über einen Verletzten. Es gibt Zerstörungen. Die Notdienste sind bereits im Einsatz."

Das Dorf Solochi war bereits am 11. Mai von ukrainischem Gebiet aus beschossen worden. Nach Angaben der Ermittler sollen die ukrainischen Truppen Raketenwerfer vom Typ [BM-21 "Grad"](#) benutzt haben. Damals starb in Solochi eine Person, sieben weitere wurden verletzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284dcc648fbef453f102db7.jpg>

14:50 de.rt.com: **Russland weist mehrere französische, italienische sowie spanische Diplomaten aus**

Russland weist als Reaktion auf westliche Sanktionen mehrere französische, italienische sowie spanische Diplomaten aus. Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf das russische Außenministerium berichtet, müssen insgesamt 24 italienische Diplomaten, 27 spanische und 34 französische Botschaftsmitarbeiter das Land verlassen. Die ausländischen Staatsbürger der drei Länder haben demnach nun sieben Tage Zeit, um Russland zu verlassen.

Die Ausweisung der Diplomaten sei demnach eine Reaktion auf zuvor beschlossene ähnliche

Maßnahmen der drei EU-Länder, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber RIA Nowosti.

Seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine ist Russland mit einer beispiellosen Ausweisung seiner Diplomaten konfrontiert: Nach Schätzungen von RIA Nowosti wurden innerhalb der letzten drei Monate bereits rund 400 Personen des Landes verwiesen. Laut Präsidentensprecher Dmitri Peskow bedauere der Kreml derartige Maßnahmen westlicher Länder, da sie den Spielraum für die Kommunikation einschränkten.

16:10 (15:10) novorosinform.org: **Die USA boten Moldawien an, die militärische Zusammenarbeit auszuweiten**

Derek Cholle, Berater des US-Außenministeriums, kündigte seine Absicht an, das militärische Potenzial von Chisinau zu nutzen.

Der Berater des US-Außenministeriums, Derek Cholle, traf zu einem offiziellen Besuch in Moldawien ein. Während eines Treffens mit Vertretern des Staates sagte Cholle, Washington beabsichtige, die militärische Zusammenarbeit mit Chisinau auszuweiten, berichtet der Telegram-Kanal „Pridnestrowiez“.

„Die amerikanische Regierung möchte, dass die moldauische Nationalarmee kompetenter, effizienter und moderner wird“, zitierte die Quelle den Berater des Außenministeriums. Es sei daran erinnert, dass Moldawien zuvor entschieden seine Weigerung erklärt hatte, der NATO beizutreten, und erklärte den neutralen Status des Landes weiterhin aufrechtzuerhalten.



https://novorosinform.org/content/images/47/30/44730_720x405.jpg

15:25 de.rt.com: **Wegen Lieferverzögerungen bei Panzern: Ukrainischer Außenminister soll im Gespräch mit Lambrecht "richtig wütend" geworden sein**

Dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba soll in einem vertraulichen Gespräch mit Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) wegen der ständigen Verzögerung bei der Lieferung der von Deutschland versprochenen Panzer für die Ukraine offenbar der Kragen geplatzt sein. Wie die „Welt“ unter Berufung auf Kreise der Regierung in Kiew berichtet, habe er von Lambrecht demnach eine "ehrliche" Antwort verlangt, weshalb die Panzer noch nicht geliefert wurden.

In dem Gespräch soll der Diplomat den Angaben zufolge gefordert haben, dass die Bundesregierung jetzt entweder die bisher fehlende Munition für die Panzer organisieren müsse, oder eingestehen solle, dass das Thema vom Tisch sei und dass man sich "auf ein neues Projekt konzentriert", so die Informanten. Es sei ein "schwieriges Gespräch" zwischen dem Außenminister und Lambrecht gewesen, in dem Kuleba "wirklich wütend" geworden sei. Er habe Lambrecht demnach "direkt" gesagt, dass es "nicht in Ordnung" sei, "etwas zu verkünden, wissend, dass es keine Munition gibt", zitierten die mit dem Vorfall vertrauten

Kreise aus Kiew den Minister. Lambrecht soll Kuleba daraufhin lediglich versichert haben, dass die Bundesregierung weiter nach Munition für die Gepard-Panzer suchen werde. Das Bundesverteidigungsministerium wollte sich indes nicht zu den Gerüchten äußern. Man äußere sich grundsätzlich nicht zu vertraulichen Gesprächen, entgegnete die Behörde auf eine entsprechende Anfrage der „Welt“.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284d76a48fbef7e4a4ab91a.jpg>

15:35 de.rt.com: **Peskow: Soldaten aus Asow-Stahl werden nicht "evakuiert", sie "ergeben sich"**

Für den Abzug der ukrainischen Soldaten aus dem Stahlwerk Asow-Stahl gebe es nur eine eindeutige Interpretation, sagte Kremlsprecher Peskow am Mittwoch. Es sei eine Kapitulation. Die Versuche der Kiewer Behörden, den Vorgang als "Evakuierung" darzustellen, seien falsch.

Hunderte Soldaten haben in den vergangenen Tagen das Stahlwerk Asow-Stahl in Mariupol verlassen. Wenn es um die Bezeichnung dieser aktuellen Vorgänge geht, haben Moskau und Kiew ganz unterschiedliche Auffassungen. Russland spricht von einer Kapitulation, die Ukraine hingegen von einer Evakuierung beziehungsweise einer humanitären Operation. Auch westliche Medien berichten aktuell von einer Evakuierung.

Auf die Frage von Journalisten, wie der Kreml die Versuche sieht, den Abzug der Soldaten aus Asow-Stahl als "Evakuierung" darzustellen, sagte Dmitri Peskow:

"Hier kann es nur eine eindeutige Interpretation und eine eindeutige Definition geben. Jene Militärs, die sich auf dem Gelände von Asow-Stahl verschanzt haben, legen ihre Waffen nieder und ergeben sich".

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hatte zuvor berichtet, dass sich seit dem 16. Mai 959 ukrainische Kämpfer aus dem belagerten Stahlwerk ergeben haben, darunter 80 Verwundete.

Was mit den Soldaten nun geschieht, ist noch unklar. Die Ukraine hofft, sie gegen russische Kriegsgefangene auszutauschen. Offizielle Angaben darüber, wie viele Menschen sich noch auf dem Gelände des Stahlwerks befinden, gibt es nicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284d4f1b480cc3e5162b390.jpg>

16:15 de.rt.com: **Russland weist Diplomaten von Mitgliedsländern der Europäischen Union aus**

Als Antwort auf die konzertierte Ausweisung russischer Diplomaten aus Ländern der Europäischen Union, die Ende März und Anfang April erfolgt war, trifft Moskau nun sukzessive spiegelbildliche Gegenmaßnahmen. Am Mittwoch hat das Außenministerium in Moskau mitgeteilt, dass die Russische Föderation 85 Diplomaten aus Frankreich, Spanien und Italien zu unerwünschten Personen erklärt hat.

Als Reaktion auf die zuvor verfügte Ausweisung russischer Diplomaten aus diesen Ländern, teilte das Außenministerium der Russischen Föderation am Mittwoch mit, dass 24 italienische, 27 spanische und 34 französische Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt wurden. Diese Botschaftsangehörigen haben nun zwischen sieben Tagen und zwei Wochen Zeit, Russland zu verlassen.

Dies bestätigte die Pressesprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa auf einem Briefing am Mittwoch in Moskau.

Frankreich hatte zuvor 41 russische Diplomaten und am 5. April hatte Spanien 27 russische Botschaftsmitarbeiter ausgewiesen.

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums hat inzwischen in einem Briefing erklärt, dass Frankreich die Entscheidung Russlands, französische Diplomaten aus Moskau auszuweisen, bedauert und sie auch für unbegründet hält.

Beobachtern ist aufgefallen, dass Moskau dieses Mal relativ lange mit den Gegenmaßnahmen zu jenen bereits Ende März und Anfang April erfolgten Ausweisungen russischer Diplomaten aus zahlreichen EU-Ländern gewartet hat. Man erkennt auch, dass das russische Außenministerium den "Ausweisungskrieg" nicht eskaliert: Es wird dieselbe Anzahl von Diplomaten wie zuvor umgekehrt russische durch die Maßnahmen der jeweiligen Staaten ausgewiesen, im Falle Frankreichs ist die russische Reaktion sogar noch etwas milder ausgefallen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284f115b480cc0c9a38bfba.jpg>

16:25 de.rt.com: **Erste Details zu Kapitulationsverhandlungen der Mariupoler Garnison enthüllt**

Der russische Kriegsberichterstatter Alexander Sladkow hat mit der Veröffentlichung von kurzen Videoaufnahmen über die jüngsten Ereignisse um das Mariupoler Hüttenwerk Asow-Stahl auf seinem [Telegram-Kanal](#) begonnen. Die Beiträge tragen die Sammelüberschrift "Retrospektive der Gefangennahme von Asow". Sie sollen vom Montag stammen und russische Truppen in Erwartung der Ergebnisse von Verhandlungen mit der ukrainischen Garnison von Asow-Stahl zeigen. Dabei kommentierte Sladkow den eigentlichen Verhandlungsprozess wie folgt:

"Die Spezialisten der GRU [russischer Militärnachrichtendienst. Anm. d. Red.] führten mit den Militanten angespannte Verhandlungen. [Ukrainische] Militärangehörige und Grenzschilder hatten dort nichts zu entscheiden. Bestimmt hat alles nur Asow, die Neonazis. Der Rest wartete auf sein Schicksal."

16:45 de.rt.com: **Türkei blockiert NATO-Beitrittsgespräche mit Finnland und Schweden**

Die Türkei hat in der NATO den Beginn der Beitrittsgespräche mit Finnland und Schweden zunächst blockiert. Wie die Deutsche Presse-Agentur aus Bündniskreisen erfuhr, war es am Mittwochvormittag im NATO-Rat nicht wie ursprünglich geplant möglich, den für den Start des Aufnahmeprozesses notwendigen Beschluss zu fassen.

Schweden und Finnland hatten am Morgen offiziell die Mitgliedschaft in der NATO beantragt. Eigentlich war vorgesehen, dass der NATO-Rat danach sofort den Start der Beitrittsgespräche beschließt. Nach Angaben aus Bündniskreisen brachte die Türkei in der Sitzung allerdings Sicherheitsbedenken vor und machte klar, dass sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen könne.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat unterdessen öffentlich erneut verdeutlicht, dass er seine Zustimmung zu dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands von einem Entgegenkommen seitens des Bündnisses in Sicherheitsfragen abhängig mache. Die NATO-Erweiterung gehe für die Türkei einher mit dem Respekt, den man den türkischen Empfindsamkeiten entgegenbringe, sagte er bei einer Rede vor seiner Regierungspartei AKP in Ankara.

Erdoğan warf Stockholm und Helsinki ferner die Unterstützung von "Terrororganisationen" vor. Er verurteilte zudem abermals die Weigerung Schwedens, rund 30 Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei PKK an die Türkei auszuliefern. Das türkische Staatsoberhaupt betonte:

"Die NATO ist ein Sicherheitsbündnis, eine Sicherheitsorganisation. Insofern können wir nicht dazu Ja sagen, dieses Sicherheitsorgan unsicher zu machen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628504b5b480cc0e2d295aad.jpg>

17:49 (16:49) novorosinform.org: **Ukrainische Behörden haben eingeschränkte Souveränität – Medinskij**

Der Berater des russischen Präsidenten hat erklärt, dass die Politik des Kiewer Regimes den nationalen Interessen des Landes widerspreche.

Kiew selbst räume die Existenz eines externen Entscheidungszentrums ein. Dies sagte der russische Präsidentenberater Wladimir Medinskij, wie TASS [berichtete](#).

"Die Kiewer Behörden haben eine begrenzte Souveränität. Sie sind sich dessen bewusst, wenn wir miteinander kommunizieren", sagte Medinskij, der die Vertreter der Ukraine als erfahrene Leute mit einem scharfsinnigen, einfallsreichen und schnellen Verstand beschrieb.

Gleichzeitig betonte Medinskij, dass sich Russland darüber im Klaren sei, dass eines der Entscheidungszentren seine westlichen Freunde seien.



https://novorosinform.org/content/images/47/39/44739_720x405.jpg

16:50 de.rt.com: **Von der Leyen will Ukraine bis zu neun Milliarden Euro Soforthilfe zur Verfügung stellen**

Die Europäische Union will die Ukraine nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit einer Soforthilfe von bis zu neun Milliarden Euro unterstützen. Sie schlägt eine "neue einmalige Makrofinanzhilfe für die Ukraine von bis zu neun Milliarden Euro" in diesem Jahr vor, erklärte von der Leyen am Mittwoch in Brüssel. Die Mittel sollen demnach zur Deckung des akuten Finanzbedarfs des Landes infolge des Krieges beitragen, so

die EU-Kommissionspräsidentin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284ed1448fbef7e4a4ab939.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Arbeiten zur Wiederherstellung des Faseroptikkabels Donezk – Wolnowacha – Marupol am Abschnitt Jelenowka – Wolnowacha durchgeführt. In Talakowka wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 29 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 2207 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 13 Hektar Territorium kontrolliert und 5753 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol 10.780 humanitäre Pakete ausgegeben.

In die befreiten Territorien wurden 16 Tonnen Wasser geliefert.

In die befreiten Gebiete wurden 18 Tonnen Wasser geliefert.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die unten genannten Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:59 de.rt.com: **Von der Leyen: 300 Milliarden Euro für Unabhängigkeit von russischer Energie**

Die Europäische Union hat Pläne zur weiteren Abkehr von der russischen Energieversorgung bekannt gegeben. Ursula von der Leyen stellte ein fast 300 Milliarden Euro schweres Paket vor, das eine effizientere Nutzung von Brennstoffen und eine schnellere Einführung von erneuerbaren Energien vorsieht.

Am Mittwoch gab Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, während eines einberufenen Presse-Meetings die jüngsten Pläne der EU bekannt. Ziel sei es, die Bemühungen der EU zu forcieren, sich von dem Bedarf fossiler Brennstoffe aus Russland zu lösen und eine dementsprechende Energiewende "zu beschleunigen". Von der Leyen ließ unter anderem wissen:

"Wir müssen unsere Abhängigkeit von Russland im Energiebereich so schnell wie möglich verringern. Wir mobilisieren zu diesem Zweck bis zu 300 Milliarden Euro. Dies wird für unseren europäischen 'Grünen Deal' den Turbo zünden."

Über den offiziellen Twitter-Kanal ließ von der Leyen zudem die Formel mitteilen:

"Unsere Vorschläge beziehen sich auf die Energiesicherheit Europas, unsere Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine.

Wir müssen jetzt so schnell wie möglich unsere Abhängigkeit von Russland im Energiebereich verringern.

Das können wir."

In dem offiziellen Statement auf der Seite der Europäischen Kommission heißt es:

"Wir können russische fossile Brennstoffe ersetzen, indem wir auf drei Ebenen arbeiten: Auf der Nachfrageseite durch Energieeinsparungen. Auf der Angebotsseite, indem wir unsere Energieimporte weg von fossilen Brennstoffen diversifizieren, und den Übergang zu sauberer Energie beschleunigen."

Weitere "EU-Ziele", so von der Leyen in ihren Darlegungen, seien die Erhöhung "für Energieeffizienz und erneuerbare Energien für 2030", sowie "eine Verpflichtung zur Nutzung von Solardächern für gewerbliche und öffentliche Gebäude ab 2025 und für neue Wohngebäude ab 2029". Der Vorschlag laute, "das Energiesparziel der EU für 2030 von 9 auf 13 Prozent erhöhen, und zudem das anvisierte Ziel "für den Anteil erneuerbarer Energien in der EU bis 2030 von 40 Prozent auf 45 Prozent zu erhöhen."

Die rund 300 Milliarden Euro sollen zu einem Großteil aus Krediten sowie aus Zuschüssen finanziert werden. So heißt es wörtlich:

"Ungefähr 72 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und 225 Mrd. Euro in Form von Darlehen. Darin enthalten ist ein Teil der Finanzierung – bis zu 10 Mrd. EUR – für fehlende Verbindungen für Gas und LNG.

Außerdem werden bis zu 2 Mrd. EUR für die Erdöl-Infrastruktur bereitgestellt, um die Verschiffung von russischem Öl zu stoppen. Der gesamte Rest der Finanzierung wird in die Beschleunigung und den Ausbau der sauberen Energiewende fließen."

Alle angedeuteten Pläne und Maßnahmen müssen jedoch noch mit den EU-Ländern und dem Europaparlament verhandelt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284e3c848fbef42923d89c6.jpg>

abends:

18:20 de.rt.com: **USA warnen EU vor Öl-Embargo gegen Russland: Würde Inflation in den Vereinigten Staaten "weiter antreiben"**

Die USA haben die Europäische Union vor einem weiteren Anstieg der Inflation im Falle eines europäischen Öl-Embargos gegen Russland gewarnt. "Wir sind zu anfällig dafür geworden, dass Länder ihre Marktposition bei Rohstoffen, Technologien oder Produkten nutzen, um geopolitischen Druck auszuüben oder Märkte zu ihrem eigenen Vorteil zu stören", erklärte US-Finanzministerin Janet Yellen am Mittwoch nach einem Treffen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel.

Die Bestrebungen der Europäer, russisches Öl vom Weltmarkt auszuschließen, könnten demnach zu erheblichen Preissteigerungen führen und sowohl in Europa als auch in den USA zu einer Steigerung der bereits jetzt schon hohen Inflation führen. Hochrangige Vertreter der US-Regierung schlugen der EU deshalb nun stattdessen vor, einen Strafzoll auf russische Öllieferungen einzuführen.

Demnach sei es Yellen zufolge möglich, den Ausstieg aus russischem Öl mit einem "Preismechanismus" zu kombinieren. Allerdings müsse der Westen jetzt damit beginnen, seine Abhängigkeit von russischer Energie zu reduzieren, so Yellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6284fbfab480cc08ac3af08a.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 18.5.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 140 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 8 Ortschaften der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden 3 friedliche Einwohner verletzt. 4 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 30 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerstellungen, einen 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“, ein

Panzerfahrzeug und 2 Sturmfahrzeuge „Pegas“ vernichtet. Ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Panzerfahrzeuge und 3 Lastwagen wurden eingenommen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starb und 12 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 28. März 2022 leitete der sachkundige Kommandeur eines Geschützes der 3. Mannschaft der 1. Haubitzenartilleriebatterie einer Haubitzenartillerieabteilung einer Artilleriebrigade Feldwebel Bogdan Iwanowitsch Schirobokow, der seine Selbstbeherrschung in einer schwierigen Situation nicht verlor, fachkundig das ihm unterstellte Personal an, in der Folge wurde eine Batterie der Nationalisten besiegt, ein Zug Personal des Gegners und 3 Stück Technik wurden vernichtet. Nachdem er erhebliche Verluste erlitten hatte, war der Gegner gezwungen abzuziehen.

18:50 de.rt.com: **Fünf Kilometer in sieben Sekunden – Russland hat neue Laserwaffe**

Am Mittwoch kündigte der stellvertretende russische Ministerpräsident Juri Borissow die Produktion von Waffen an, die auf neuen physikalischen Prinzipien basieren. Sie können Drohnen in wenigen Sekunden aus mehreren Kilometern Höhe holen und Satellitensysteme blenden.

Das ukrainische Militär setzt unter anderem türkische Bayraktar-Kampfdrohnen ein. Der Waffe wurde gar ein Volkslied gewidmet – vor dem Abschuss schützt sie dies nicht. Wie der stellvertretende russische Ministerpräsident Juri Borissow am Mittwoch ankündigte, wird das russische Militär serienmäßig mit den Pereswet-Lasersystemen beliefert und bald auch mit neuartigen Hochleistungslasern. Der russische Vizeregierungschef sagte bei einer Konferenz nahe Moskau:

"Zusätzlich zu den konventionellen, bekannten Waffen [...] kommen heute Waffensysteme auf den Markt, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhen, elektromagnetische Breitbandwaffen, die im nächsten Jahrzehnt ersetzt werden"

Borissow kündigte auf dem New Knowledge-Marathon an:

"Unsere Physiker haben Lasersysteme entwickelt, die um ein Vielfaches leistungsstärker sind, was die Verbrennung verschiedener Ziele erlaubt, und bauen sie auch praktisch schon serienreif"

Die neue Laserwaffe habe eine Reichweite von fünf Kilometern und kann Drohnen in dieser Höhe abschießen. Das System wurde demnach am Dienstag getestet und soll eine Drohne innerhalb von wenigen Sekunden verbrannt haben. Nun werde es langsam in die Streitkräfte eingeführt. "Die ersten Prototypen werden schon eingesetzt", sagte Borissow und betonte:

"Insbesondere wurde gestern demonstriert, dass in einer Entfernung von fünf Kilometern innerhalb von sieben Sekunden ein unbemanntes Fahrzeug verbrannt wurde"

Die russische Laserwaffe Pereswet, die bereits geliefert wird, ist demnach in der Lage, gegnerische Satelliten- und Aufklärungssysteme zu blenden und damit außer Gefecht zu setzen. "Sie wird bereits serienmäßig an die Truppe geliefert und kann alle Satellitenaufklärungssysteme eines wahrscheinlichen Gegners in einer Höhe von bis zu 1.500 Kilometern blenden und beim Überflug durch Laserstrahlung außer Gefecht setzen", so der stellvertretende Ministerpräsident weiter.

Erprobt wurde Pereswet als mobiles Luftabwehr-Lasersystem bereits seit dem Jahr 2018. Wie Borissow betonte, haben russische Wissenschaftler inzwischen "um eine Größenordnung leistungsfähigere Lasersysteme entwickelt" und produzieren diese praktisch in Serie.

Vor allem mit Verweis auf den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan sprachen auch hierzulande Befürworter von Kampfdrohnen von deren Unverzichtbarkeit in der Kriegsführung des 21. Jahrhunderts. Bisher hat Russland nahezu täglich vom ukrainischen Militär eingesetzte Drohnen abgeschossen, vorrangig mit Raketen. Laser werden wohl auch die Kosten senken.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284e89e48fbef4291062271.jpg>

20:14 de.rt.com: **Medienbericht: USA wollen Zinszahlungen auf russische Staatsanleihen blockieren**

Das US-Finanzministerium will angeblich die Zinszahlungen auf russische Staatsanleihen ab Ende Mai blockieren. Analysten sprechen von einem künstlich herbeigeführten Zahlungsausfall, was jedoch kaum eine bedeutende Entwicklung darstelle.

Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg am Dienstag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtete, könnten die USA Zinszahlungen auf russische Staatsanleihen ab Ende Mai blockieren.

Um den finanziellen Druck auf Moskau zu erhöhen, wolle das Büro für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte des US-Finanzministeriums eine vorübergehende Ausnahmeregelung für russische Schuldentilgungen nicht wieder erneuern, sobald diese am 25. Mai ausläuft. Die Befreiung wurde gewährt, nachdem Washington als Reaktion auf die in den USA stark kritisierte Militäroperation in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt hatte. Die Sonderregelung ermöglicht es Moskau, Kuponzahlungen zu leisten, obwohl fast alle anderen Finanztransaktionen verboten sind. Eine Aufhebung dieser Ausnahmeregelung würde die russischen Zahlungen an US-Investoren effektiv blockieren.

Analysten zufolge könnte Moskaus Unfähigkeit, seinen Schuldverpflichtungen nachzukommen, als Zahlungsausfall betrachtet werden, wenn auch als ein "künstlicher", da das Land zwar finanziell in der Lage ist zu zahlen, aber durch die Sanktionen daran gehindert würde.

Bisher hat Russland alle fälligen Zahlungen an seine Gläubiger geleistet. Offizielle Stellen haben wiederholt erklärt, dass das Land hierzu auch künftig in der Lage sei. Allerdings ist derzeit unklar, wie die Zahlungen fortgesetzt werden können, falls die Ausnahmeregelung in den USA ausläuft.

Nach Angaben von Bloomberg sind einige Vertreter des US-Finanzministeriums der Ansicht, dass Russland gestattet werden sollte, seine Schulden zu begleichen, da dies die Devisenreserven des Landes aufzehren würde und es somit gezwungen wäre, die Mittel umzuleiten, die es andernfalls für die laufende Militäroperation in der Ukraine ausgeben könnte.

Experten sind jedoch der Meinung, dass Russlands Schuldentilgungen im Vergleich zu seinen Gewinnen aus dem Export von Öl, Gas und anderen Rohstoffen ein Tropfen auf den heißen

Stein sind. Nach Angaben der Analysten von Statista beliefen sich Russlands Staatsschulden im Dezember 2021 auf 65 Milliarden US-Dollar, während der Wert der Exporte fast 276 Milliarden US-Dollar betrug.

Die nächste Schuldentilgung Russlands steht am 27. Mai an für ausländische Anleihen, die in den Jahren 2026 und 2036 fällig werden. Insgesamt muss das Land bis Ende Juni Anleihen in Fremdwährung im Wert von mehr als 490 Millionen US-Dollar zurückzahlen.

Carlos de Sousa, Investor bei Vontobel Asset Management in Zürich, stellte gegenüber Bloomberg fest, dass Russland sehr wahrscheinlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen werde, was jedoch kaum eine bedeutende Entwicklung darstellen würde. Er erklärte:

"Unser Basisszenario ist nach wie vor, dass es zu einem Zahlungsausfall kommen wird."

"Ich wüsste nicht, warum die USA die Ausnahmeregelung verlängern sollten. Die russische Staatsverschuldung ist sehr niedrig, das Land verfügt noch immer über Ressourcen und einen gewissen Geldzufluss. Daher ist es für sie nicht allzu schwer, die Schulden weiterhin zu bedienen. Die russische Regierung will nur ihren guten Ruf wahren."

Russland hat die USA kürzlich beschuldigt, durch die Blockierung von Zahlungen einen künstlichen Zahlungsausfall herbeiführen zu wollen, da das Land bereit sei, seine Schulden zu begleichen und über die entsprechenden Mittel verfüge. Der Kreml bezeichnete die Situation als einen Zahlungsausfall des westlichen Finanzsystems, da dieses seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Russland nicht nachgekommen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284dc62b480cc409b26e113.jpg>

20:20 de.rt.com: **Stadtrand von Cherson durch ukrainische Truppen beschossen – eine Person getötet**

Die Siedlung Tschernobajewka am Stadtrand von Cherson soll von ukrainischen Kräften mit Raketen beschossen worden sein. Dabei sei eine Person getötet und eine Frau verletzt worden. Dies teilte der Leiter der Verwaltung von Tschernobajewka, Juri Turulew, mit.

Nach Angaben des Verwaltungschefs sollen die ukrainischen Streitkräfte Raketen mit Streumunition abgefeuert und dabei zahlreiche Häuser beschädigt haben. Zudem erklärte der Kriegsberichterstatter der russischen Nachrichtenagentur Iswestija, Leonid Kitrar, dass man in Tschernobajewka wegen des Beschusses auf fast jedem Hof einen Explosionskrater durch ukrainische Raketen finden könne.

21:00 de.rt.com: **Maria Sacharowa: Asow-Regiment verwickelte Kinder in Aktivitäten**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat erklärt, dass neue Fakten aufgedeckt worden seien, die die Beteiligung von Kindern an den Aktivitäten des Asow-Regiments bestätigten.

Asow habe bereits 2015 mit groß angelegten Kinderrekrutierungsaktionen begonnen. Selbst Kinder ab sieben Jahren seien aufgenommen worden, so Sacharowa. Dies werde aus dem ukrainischen Staatshaushalt finanziert. Zudem gebe es in verschiedenen Teilen der Ukraine Ausbildungslager. Darüber hinaus teilte sie mit:

"Die Neonazis von Asow haben sich nicht auf 'Kinderlager' beschränkt, sondern ihre Gruppe

auf Kosten von minderjährigen Waisenkindern erweitert. Die Situation des Pilgrim-Waisenhauses in Mariupol ist ein Beweis dafür."

Dort sollen Neonazis des Asow-Bataillons Waisenkindern militärische Fertigkeiten beigebracht haben, darunter auch das Scharfschießen. 2014 hätten Kinder aus Pilgrim den ukrainischen Streitkräften geholfen, in der Nähe von Mariupol Schützengräben auszuheben und Straßensperren zu errichten, hieß es weiter. Sacharowa unterstrich, es gebe Videobeweise, die zeigten, wie Jugendliche aufseiten der Neonazis an Kampfhandlungen teilnahmen und zivile Häuser in Brand setzten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62853c08b480cc12a621c3fd.jpg>